Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden Laden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Städt. Sparkasse, Dresden, Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Dresden, Gebrüder Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Störungen irgendwelcher Art, sei es durch oder ohne Verschulden höherer Gewalten, hat der Bezieher der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Nachlieferung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage „Leben, Wissen, Kunst", außerdem „Volk und Zeit" monatlich 1.95 M., wöchentlich 65 Pf. Briefträgerlohn. Postbezug 1.95 M. zuzüglich Post- u. Zustellgebühr. 84 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25361 und 12707. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 30 mm breite Nonpareillezeile 35 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 2.00 M., für auswärtige Anzeigen 40 Pf. und 2.50 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Wiederholungen 10 Pf. Einzelnummer 10 Pf.

Nr. 248 | Dresden, Freitag, den 23. Oktober 1931 | 42. Jahrgang

Der hinkende Beirat

Nur sechs Arbeitervertreter im Wirtschaftsausschuß

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Die Reichsregierung hat dem neuernannten Wirtschaftsbeirat durch die Uebernahme des Vorsitzes durch den Reichspräsidenten eine besondere Autorität verliehen. Um so peinlicher wirkt seine in jeder Beziehung einseitige Zusammensetzung, die die stärksten Zweifel erweckt, ob er die ihm gestellte Aufgabe, nämlich die Lösung wichtiger Fragen der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik befriedigend erfüllen kann.

Prüft man die Zusammensetzung des Ausschusses unter dem Gesichtspunkt der sozialen Berufsstellung, so gelangt man zu der Feststellung, daß die in der Reichsverfassung festgelegte Parität zwischen Unternehmern und Arbeitern völlig zerstört worden ist. **Sechs Vertretern von Arbeitern und Angestellten stehen nicht weniger als 19 Vertreter der Unternehmer gegenüber,** die überwiegend der Großindustrie und der Großlandwirtschaft angehören. Ursprünglich ist eine wesentlich andere Zusammensetzung geplant gewesen, durch das Mißverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern weniger schroff in die Erscheinung getreten wäre. Nachträglich aber hat man immer mehr Unternehmervertreter berufen, ohne daran zu denken, daß man auch die Zahl der Arbeitervertreter entsprechend erhöhen müsse.

Würde die Aufgabe des Wirtschaftsbeirates lediglich in einer allgemeinen Aussprache bestehen, so könnte man die einseitige Zusammensetzung als einen Schönheitsfehler betrachten, der zwar einen häßlichen Eindruck macht, aber praktisch keine große Bedeutung besitzt. Die Reichsregierung hat aber mehrfach erklärt, daß der Wirtschaftsbeirat berufen sei, die Unterlage für praktische Entscheidungen zu liefern. Sie will auch seine Arbeit in einzelne Kommissionen aufteilen. Deshalb wird die Wirkung der zahlenmäßigen Unterlegenheit der Arbeitnehmervertreter sich auch in einer tatsächlichen Beschränkung der ihrer Arbeit gezogenen Möglichkeiten äußern.

Diese Einwände halten wir für um so erheblicher, als die Reichsregierung bei der Zusammensetzung des Beirats darauf **verzichtet hat, unabhängige Sachverständige zur Mitarbeit heranzuziehen.** Keiner der Gelehrten, die Deutschland in so großer Zahl besitzt und die durch ihre freimütige Kritik an den Fehlern der deutschen Wirtschaftsführung und durch ihre gründliche Kenntnis aller weltwirtschaftlichen Probleme für die Lösung der gestellten Aufgaben besondere Eignung mitbringen, ist für würdig befunden worden, an der schwierigsten Aufgabe mitzuarbeiten, die jemals einem Volke gestellt war. Es kann nicht angenommen werden, daß das ein Zufall ist und ohne Absicht geschehen sein soll. Man muß vielmehr annehmen, daß die großen Herren der Industrie ihre Mitarbeit nur unter der Voraussetzung zugestanden haben, daß sie unter dem Schutze der Autorität der Reichsregierung und des Reichspräsidenten allein mit den Arbeitervertreter verhandeln müssen.

Daß diese **Mängel in der Zusammensetzung des Beirats die Autorität seiner Arbeit von vornherein beeinträchtigen werden,** scheint uns danach so gut wie sicher zu sein. Es kommt noch hinzu, daß ihm neben einer Reihe von Personen, die bisher einer weiteren Oeffentlichkeit so gut wie unbekannt waren, auch solche Vertreter der Großindustrie und der Großlandwirtschaft angehören, deren wirtschaftspolitische Haltung in besonders starkem Maße der öffentlichen Kritik ausgesetzt war. Das deutsche Volk hat nun einmal in seiner Allgemeinheit kein großes Verständnis dafür, wenn dem Staat zugemutet wird, sich nicht um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmerschichten zu kümmern, wenn dieselben Leute aber, die sich über „kalte Sozialisierung" beschweren, **wenn es ihren Unternehmungen schlecht geht, direkt und indirekt den Fiskus im stärksten Maße mit Bürgergeldern für sich zahlen lassen.**

*

Die Kölnische Zeitung bringt Mitteilungen über die Aufgaben und die Arbeitsweise des Wirtschaftsbeirats, die geeignet sind, das allergrößte Aufsehen zu erregen. Jedem Mitglied des Beirats soll strengste Verschwiegenheit zur Pflicht gemacht werden. Man wünscht also ein Geheimgremium völlig unkontrollierbarer Art, obwohl es sich um Entscheidungen handelt, die das Lebensinteresse des ganzen Volkes berühren. Warum diese Pflicht zur Verschwiegenheit beabsichtigt ist, geht aus folgendem hervor:

„Die Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats werden ihren Höhepunkt in den Tagen erreichen, an denen über zahlreiche Tarifverträge und damit über die Arbeitsbedingungen mehrerer Millionen deutscher Arbeiter und Angestellten die Entscheidung fällt. Herrscht im Wirtschaftsbeirat auf allen Seiten ernster Verständigungswille, so werden die erzielten Ergebnisse sofort in praktische Tarifverträge eingebaut werden können. Fehlt es aber an dieser ernsten Verständigungsbereitschaft, so werden sich aus den Beratungen des Beirats Schwierigkeiten für die Tarifverhandlungen und umgekehrt aus den Gegensätzen und in den Tarifverhandlungen Hindernisse für eine Einigung im Beirat ergeben."

Diese Darlegung der Aufgaben des Wirtschaftsbeirats enthält ganz andere Absichten, als man nach den Angaben des Reichskanzlers anzunehmen berechtigt war. Stellt die Aeußerung der Kölnischen Zeitung aber auch nur die Absichten der Unternehmerseite dar und noch nicht die der Regierung, so sind sie nicht minder gefährlich. Denn es ist ohne weiteres deutlich, daß die Unternehmer verhindern wollen, daß im Wirtschaftsbeirat über die Brechung der Kartellallmacht und Senkung der Preise geredet wird. Er soll nach unserer Meinung **nur als Instrument zur Aushöhlung des Tarifrechts und des weiteren Lohnabbaus dienen.**

Nach weiteren Mitteilungen der Kölnischen Zeitung ist beabsichtigt, die Verhandlungen in ein bis anderthalb Wochen zu beenden. Andernfalls, so schließt der Artikel drohend, „gerät das Kabinett Brüning in Zeitbedrängnis und muß entweder ohne ein Gutachten des Beirats handeln oder aber bewußt Gefahr laufen, daß die schließlich doch zustande kommenden Beschlüsse eine gefährliche Entwicklung nicht mehr aufhalten können".

Ein Hinweis, der für die **einheitliche Front der Gewerkschaften** von besonderer Bedeutung sein sollte.

Politische Hochstapler

Von Wilhelm Sollmann, M. d. R.

Die Nationalsozialisten sind aus dem Reichstag geflohen, weil sie nicht wagen durften, zu den sozialdemokratischen Anträgen für die Fürstenenteignung, für Pensionskürzung, gegen die Kartelle und Monopole und zum Schutz des Tarifrechts Stellung zu nehmen. Jeder dieser antikapitalistischen Anträge ist ein Schlag gegen die Front, die in Harzburg Nationalsozialisten und Herrenschichten aller Art gebildet haben.

Die Gründe der Flucht aus dem Reichstage werden besonders deutlich, wenn man weiß, daß folgende Großpensionäre in Harzburg anwesend waren: Prinz Lippe, Prinz Friedrich Eitel von Hohenzollern, Generaloberst von Einem, General von Gallwitz, General von Hutier, General Kühne, Generalleutnant Wächter, General Wollwarth, General von Falkenhausen, Admiral von Trotha, General Graf von der Goltz, General Faupel, Generalmajor Bock von Wülfingen, Admiral von Levetzow, General von Dommes, General von Berendt, General von Möhl, Generalleutnant von Ziethen, Generaloberst von Seeckt, General von Lüttwitz. Die Herren beziehen unter Berücksichtigung der schon vorgenommenen Kürzungen Jahrespensionen bis zu 14 700 M. Jeder von ihnen würde durch den sozialdemokratischen Pensionskürzungsantrag betroffen werden. Die Nationalsozialisten dürfen gegen ihre prominentesten Großpensionäre nichts unternehmen. Darum hat der nationalsozialistische Abgeordnete Sprenger am 9. Dezember 1930 im Reichstage gegenüber einer Regierungsvorlage, die nur sehr bescheidene Kürzungen der Großpensionäre vorschlug, ausgeführt:

„In ihren Grundzügen müssen wir diese Vorlage ablehnen, weil sie die Beamtengrundgesetze und -grundrechte verletzt."

Kein Grundrecht ist den Nationalsozialisten, so heilig, wie das der fürstlichen, gräflichen und sonstigen Großpensionäre!

Drei große programmatische Kundgebungen der Nationalsozialisten sind in einer Woche dem deutschen Volke beschert worden. Das Manifest Adolf Hitlers aus Harzburg, die Fraktionserklärung Dr. Fricks vor dem Reichstage und der Offene Brief Adolf Hitlers an den Reichskanzler. Daß in keiner dieser Kundgebungen ein soziales oder wirtschaftliches Programm enthalten ist, wird niemand wundern, der die Abhängigkeit der Nationalsozialisten von allen gegen die Arbeiterklasse gerichteten hochkapitalistischen Kräften kennt.

Auffallender ist, wie mehr und mehr der nationale Freiheitswille preisgegeben wird, der die nationalsozialistische Führung in ihren Anfängen zweifellos beherrscht und berauscht hat. Es gibt zwar noch einige Deklamationen gegen den „Friedensvertrag" von Versailles. Worte, die jeder Deutsche unterschreiben kann, die auch jeder Sozialdemokrat, jeder Marxist immer wieder in die Welt gerufen hat. Aber wie steht es mit der außenpolitischen Strategie des Nationalsozialismus?

Da ist maßgebend die formulierte Erklärung, die der Kanzlerkandidat Dr. Frick vor dem Reichstage verlesen hat. Er hätte, wenn die Nationalsozialisten ihre agitatorische außenpolitische Linie, zur Macht gekommen, ernstlich verwirk-

Erzieher Klagges

„Die gegnerische Presse wird verboten, bis sie von mir den guten Ton gelernt hat."

Die Bestie ist los!

So überschreibt die Nazipresse ihre verlogenen Meldungen, wenn einem Nazi irgendwo einmal etwas passiert ist. Welche Bestie los ist, haben wir mehrfach an den von uns aufgestellten hakenkreuzlerischen Mordlisten gezeigt. Hier zwei neue Beispiele von der Mordwut dieses Gesindels. Das Berliner Tageblatt berichtet:

Reichsbannermann von Nationalsozialisten erschlagen

Königsberg, 22. Oktober. Bei einem Umzug, den das Reichsbanner in Friedland veranstaltete, fiel aus den Reihen der Zuschauer von Nationalsozialisten der Ruf: „Wartet, heute abend gibt es eine Abrechnung!" Als dann am Abend einige Reichsbannerleute auf dem Marktplatz spazierengingen, wurden sie von einem stärkeren Trupp Nationalsozialisten überfallen. Mit Latten und Knüppeln schlugen die Nationalsozialisten auf die Reichsbannerleute ein und drängten sie in die dunkle Nebenstraße ab. Dabei erlitt der 19jährige Arbeiter Alfred Link aus Königsberg so schwere Hieb- und Stichverletzungen, daß er im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag. Ein zweiter Reichsbannermann wurde ebenfalls schwer verletzt.

Wie stark das gemeine Verbrechertum da drüben vertreten ist, haben wir mehrfach an der Nazi-Ehrenliste nachgewiesen. Aus Breslau kommt folgende Meldung:

SA.-Mann als Raubmörder

Todesurteil gegen einen Nazigardisten

Der 23jährige Beuthener SA.-Mann Thomas, der im April dieses Jahres den Kaufmann Walter aus Oels in seinem eigenen Auto erschossen und beraubt hatte, wurde vom Glogauer Schwurgericht gestern mittag zum Tode verurteilt.

Thomas hatte seine Tat als eine unüberlegte Handlung aus politischen Motiven hinzustellen versucht. Die Beweisaufnahme ergab jedoch, daß Thomas mit Vorsatz einen ganz gemeinen Raubmord verübt hat. In der Urteilsbegründung wurde gerade die niedrige Gesinnung, die er bei der Vorbereitung der Tat und auch späterhin bewiesen habe, hervorgehoben. Der Verurteilte nahm das Urteil ohne jede spürbare Gemütsbewegung an.

Wo sind die meisten „Untermenschen?" Da drüben! Und wenn ab und zu ein Nazischmock frei nach Studentkowski blödelt: „Alle Verbrecher sind Marxisten", so kann man darauf nur erwidern: „Müßt ihr viel „Marxisten" in euren Reihen haben!"

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19311023/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG